

# PJ-PFLICHTABSCHNITT

„Ich unterstütze eine Quartalisierung des PJ sowie die Einführung eines neuen Pflichtteils Allgemeinmedizin als Antwort auf die sich verändernde Versorgungssituation in Deutschland. Das Stimmungsbild unter den Medizinstudierenden ist jedoch von Ablehnung bestimmt. Das bemerkte ich auch bei einer kleinen, nicht-repräsentativen Facebook-Umfrage unter meinen Kommilitonen. Meine Erfahrung hat aber auch gezeigt, dass die meisten einem offenen Gespräch und den Argumenten der Gegenseite grundsätzlich aufgeschlossen sind, wenn ihre Positionen gehört werden.“

Bei der konkreten Ausgestaltung eines Pflichtabschnitts wird es deshalb darauf ankommen, die Studierenden mit ins Boot zu holen. Die DEGAM sollte die Widerstände der Studierenden ernst nehmen, über die Hintergründe des Pflichtquartals Allgemeinmedizin informieren und einen Dialog anbieten. Dieser könnte zu Kompromissvorschlägen führen, zum Beispiel, das Pflichtquartal über den allgemeinmedizinischen Radius hinaus auf den ambulanten Sektor oder die ländliche (Grund-)Versorgung auszuweiten. Darüber hinaus sollten studentische Forderungen an eine PJ-Reform (bundeseinheitliche Aufwandsentschädigung, faire Fehltageregelung, Verbesserung der Lehre) mitgetragen werden.“



## PRO

Dorit Abiry, Medizinstudentin  
im 10. Semester in Berlin, Mitglied der  
DEGAM-Nachwuchsakademie

Darüber, ob sich die Allgemeinmedizin stärken lässt, wenn eine Pflicht zur Absolvierung des Faches im PJ besteht, scheiden sich die Geister. Das DÄ Medizin studieren hat Studierende nach den Argumenten gefragt.

Dr. med. Eva Richter-Kuhlmann

**B**ei der Erarbeitung des „Masterplans Medizinstudium 2020“ gibt es mehr oder weniger nur noch in einer Frage Streit: Wie soll die Allgemeinmedizin künftig gestärkt werden? Soll es einen Pflichtabschnitt Allgemeinmedizin im praktischen Jahr (PJ) geben? Oder lässt sich schon bei der Bewerbung für das Medizinstudium durch eine sogenannte Landarztquote hausärztlicher Nachwuchs sichern? Viel Zeit bleibt nicht mehr für die Klärung dieser Fragen, denn in diesem Jahr soll das Reformkonzept für das Medizinstudium auf dem Tisch liegen, das die Bundesregierung bereits in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hat. Dieser „Masterplan Medizinstudium 2020“ soll Maßnahmen für eine zielgerichtete Auswahl der Studienplatzbewerber, zur Förderung der Praxisnähe und zur Stärkung der Allgemeinmedizin im Studium umfassen, heißt es darin.

Jetzt werden die Vorschläge immer konkreter und die Medizinstudierenden in Deutschland wehren sich gegen jene, die einen weiteren Pflichtabschnitt im PJ und eine sogenannte Landarztquote vorsehen. Vorstellbar wäre jedoch für sie, das PJ von bislang drei auf vier Abschnitte umzustellen, schreiben Nachwuchsmediziner der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland (bvmd) und Medizinstudierende des Hartmannbundes in einem gemeinsamen offenen Brief an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) und die Bundesminis-

terin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka (CDU).

Die bvmd kritisierte gegenüber dem Deutschen Ärzteblatt Medizin studieren, dass die Politik im Augenblick regelrecht auf die Allgemeinmedizin fokussiert sei. „Die Studierenden lehnen es aber ab, das Studium zu sehr auf den Hausarztberuf zuzuschneiden. Es sollte vielmehr dazu befähigen, eine Weiterbildung jeglicher Art einzuschlagen“, sagte Myriam Heilani, stellvertretende Bundeskoordinatorin für medizinische Ausbildung der bvmd, gegenüber dem Blatt.

„Wir wollen vor der bevorstehenden Fertigstellung eines Eckpunktepapiers zum Masterplan Medizinstudium 2020 durch die Bund-Länder-Arbeitsgruppe noch einmal an unsere bisher dargelegten Argumente erinnern und dazu auffordern, keine Vorschläge zu verabschieden, die ungeeignet sind, das Medizin-

„2016 ist ein  
Schicksalsjahr für uns.“

Ferdinand M. Gerlach,  
DEGAM-Präsident

studium wirklich sinnvoll weiterzuentwickeln“, sagte Moritz Völker, Vorsitzender des Ausschusses der Medizinstudierenden im Hartmannbund. Dies sei besonders wichtig, da das Eckpunktepapier voraussichtlich die Grundlage für eine mögliche Veränderung der ärztlichen Approbationsordnung sei.

# ALLGEMEINMEDIZIN?

„2016 ist ein Schicksalsjahr für uns“, meint auch die Deutsche Gesellschaft für Allgemeinmedizin und Familienmedizin (DEGAM). „Es stehen politische Entscheidungen an, die die Zukunft des Faches Allgemeinmedizin maßgeblich beeinflussen werden“, sagte der DEGAM-Präsident Prof. Dr. med. Ferdinand M. Gerlach Anfang des Jahres in Berlin. „Wenn wir jetzt die richtigen Weichen stellen, können wir einen Durchbruch in

## „Die ärztliche Ausbildung sollte nicht weiter reguliert werden.“

Rudolf Henke, 1. Vorsitzender des MB

der Nachwuchsfrage erzielen.“ Eine „richtige Weichenstellung wäre für die Fachgesellschaft eine Pflicht zur Allgemeinmedizin im PJ und eine abschließende Staatsexamens-Prüfung in diesem Fach. „Die Allgemeinmedizin ist das Fach, das Studierenden einen vertieften Einblick in die ambulante primärärztliche Versorgung bieten kann. Unabhängig von der späteren Tätigkeit ist dies für alle Studierenden von Belang“, erklärte Dr. med. Maren Ehrhardt, stellvertretende Sprecherin der DEGAM-Sektion Studium und Hochschule. Allerdings zeigte sich die DEGAM auch für Kompromisse offen: Denkbar sei, das Pflichtquartal auf den gesamten ambulanten Sektor und die ländliche Versorgung auszuweiten, erklärte Gerlach.

Auf diese Weise könnte man tatsächlich zu einer Lösung kommen: Denn beim Streit um einen möglichen Pflichtabschnitt Allgemeinmedizin im PJ schlagen auch die Studierenden vor, einen PJ-

Wahlabschnitt in der ambulanten Versorgung – bei Haus- und Fachärzten unabhängig von der Fachrichtung – absolvieren zu können.

Auf ein generell großes Interesse an einer Tätigkeit als Allgemeinarzt wies vor wenigen Wochen auch der Marburger Bund (MB) mit einer bundesweiten Befragung unter 1 756 Medizinstudierenden hin. Bei der Online-Umfrage, die das Institut für Qualitätsmessung und Evaluation im Auftrag des MB im Dezember 2015 und Januar 2016 durchgeführt hatte, gab etwa die Hälfte der Medizinstudierenden (49%) an, dass für sie nach dem Studium eine Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin grundsätzlich in Betracht käme. Dafür wünschten sie sich jedoch verbesserte Bedingungen, wie geregelte Arbeitszeiten, gute Verdienstmöglichkeiten und ein überschaubares finanzielles Risiko. „Das Fach Allgemeinmedizin genießt bei den Medizinstudierenden einen guten Ruf und gilt vielen von ihnen als persönliche Perspektive. Eine Stärkung des Faches erwarten sie nicht von weiteren Regulierungen in der ärztlichen Ausbildung, sondern von einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Tätigkeit als Allgemeinarzt“, betonte Rudolf Henke, 1. Vorsitzender des Marburger Bundes. **Der MB-Umfrage zufolge halten drei Viertel (74%) der befragten Studierenden eine stärkere Einbindung der Allgemeinmedizin in das Studium für nicht notwendig.** Insbesondere lehnen sie zusätzliche Verpflichtungen, wie einen Pflichtabschnitt Allgemeinmedizin ab (86 %). Auch der Vorschlag einer obligatorischen Prüfung im Fach Allgemeinmedizin am Ende des Studiums wird von drei Viertel der Befragten (75%) verworfen. ■

„Ich bin gegen die Quartalisierung des Praktischen Jahres (PJ) und für die Beibehaltung der bisherigen Tertial-Struktur. Denn die Gründe für den Mangel an Landärztinnen und -ärzten liegen unter anderem in den Arbeits- und Weiterbildungsbedingungen sowie in den Niederlassungs- und Lebensbedingungen vor Ort und nicht an der Struktur des PJ. Der Sprecherrat der Medizinstudierenden im Marburger Bund (MB) stimmt dabei auch mit dem MB-Bundesvorstand überein: Die Beseitigung dieser Ursachen lässt sich nicht durch die Einführung einer Hausarzt-Pflicht ersetzen.“

Der von der Bundesregierung im sogenannten ‚Masterplan Medizinstudium 2020‘ vorgesehenen Stärkung des Faches Allgemeinmedizin im Medizinstudium stehe ich sehr skeptisch gegenüber. Unsere aktuelle Umfrage unter den Medizinstudierenden zeigt ja: 86 Prozent lehnen einen Pflichtabschnitt Allgemeinmedizin ab, nur 14 Prozent sind dafür. Die Lehre des Faches Allgemeinmedizin wird dagegen überwiegend positiv beurteilt. Hier kann ich deshalb keinen Reformbedarf erkennen. Entscheidend ist aber, dass sich künftig die Rahmenbedingungen der hausärztlichen Tätigkeit verbessern. Denn ein Einzelkämpferdasein in eigener Praxis mit unsicheren finanziellen Rahmenbedingungen kann sich kaum einer vorstellen.“



Fotos: privat

## KONTRA

Stefanie Weber, Medizinstudentin  
im 10. Semester, Vorsitzende  
des Sprecherrats der Medizinstudierenden  
im Marburger Bund